

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e.V.
Platanenallee 37
14050 Berlin

Förderprogramme für Kleingartenanlagen

1) Sowohl ländliche Räume als auch Ballungsgebiete sind in einem dynamischen Wandel. Strukturschwache Regionen verlieren Menschen, Wohnungen, Schulen und auch Kleingärten. In Ballungsgebieten werden wohnungsnahe und für die Öffentlichkeit attraktive und langfristig gesicherte Kleingartenanlagen dringend benötigt. Diesen Prozess von Rückbau, Umgestaltung von Altanlagen aber auch Neubau von Kleingartenanlagen ist ein wichtiges öffentliches Anliegen und allein von den Kleingärtnerorganisationen ehrenamtlich nicht zu stemmen. Wesentliche Handlungsfelder hierzu sind in den Studien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur „Städtebaulichen, ökologischen und sozialen Bedeutung des Kleingartenwesens“ und der neuesten Untersuchung zur „Bewältigung der Leerstandsproblematik in Kleingartenanlagen in strukturschwachen Gebieten“ aufgeführt.

Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, Rückbau, Umgestaltung, Neubau von Kleingartenanlagen gezielt im Rahmen von Förderprogrammen zu unterstützen?

Bund und Länder müssen sich verbindlich zur Förderung des Kleingartenwesens in ihrer vorhandenen Förderstruktur verpflichten. Aus Sicht der LINKEN gehören der Schutz und die dauerhafte Sicherung der Kleingärten in die Verfassungen aller Bundesländer. Für hohe regionale Rückbaubedarfe sollte die Einrichtung eines zeitweisen Konversionsfonds geprüft werden.

Bundeskleingartengesetz

2) Die wesentlichen Schutzbestimmungen des Bundeskleingartengesetzes (BKleingG), die Pachtzinsbegrenzung und der Kündigungsschutz, sind heute in Zeiten rückläufiger Einkommen für viele gesellschaftlichen Gruppen und zunehmender Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich wichtiger denn je.

Wird Ihre Partei sich weiter für die Beibehaltung des Bundeskleingartengesetzes aktiv einsetzen? Wie bewertet Ihre Partei das Regelungsgefüge des BKleingG?

Das Bundeskleingartengesetz hat bisher im Wesentlichen gut funktioniert. Die LINKE sieht daher keinen grundsätzlichen gesetzgeberischen Änderungsbedarf. Eine besondere Bedeutung hat der Kleingartenbesitz für Rentnerinnen und Rentner, Erwerbslose, Migrantinnen und Migranten sowie Familien. Vor allem die Regelungen zur Pachtzinsbegrenzung und zum Kündigungsschutz müssen daher Bestand haben. Die LINKE fordert deshalb eine sozial-ökologische Fortschreibung des Bundeskleingartengesetzes mit dem Ziel einer Anpassung an eine zeitgemäße Umwelt- und familienfreundliche Kleingartennutzung.

Kleingärten als Gesundheitsvorsorge

3) Kleingärten sind Gesundheitsvorsorge! Ob gesunde Ernährung durch Eigenanbau, Wohlbefinden durch Bewegung und Entspannung im Garten, Gesundheits- und Naturerziehung für alle Generationen - die Zusammenhänge von Gesundheit u. Kleingärten sind vielschichtig und bei steigenden Gesundheitskosten und immer wiederkehrenden Lebensmittelskandalen von zunehmender Bedeutung. Der Bundesverband meint, dass Kleingärten eine bedeutsame Gesundheitsvorsorge sind. Sie haben ein bedeutendes Potential im Bereich der Gesundheitspolitik, das bisher nicht ausreichend untersucht wurde.

Wird Ihre Partei dieses Handlungsfeld im Rahmen einer ministeriellen Untersuchung fördern?

Die LINKE kann sich vorstellen, die Bedeutung gesundheitlicher Vorsorgewirkung im Rahmen der Ressortforschung durch das zuständige Bundesministerium untersuchen zu lassen. Ziel dabei ist, die unterstellte Wirkung für die Gesundheitsvorsorge wissenschaftlich zu belegen. Das würde den politischen und gesellschaftlichen Stellenwert der Kleingartenanlagen und die Wertschätzung der dort für die Gemeinschaft geleisteten Arbeit erhöhen.

Kleingartenwesen und bürgerliches Engagement

4) Welche Erwartungen haben Sie an die Kleingärtnerorganisation? Leistungen der Kleingärtner widerspiegeln sich in vielfältigen Projekten — von Tafelgärten, in denen Obst und Gemüse für sozial benachteiligte Menschen erzeugt wird, bis zu „Grünen Klassenzimmern“, in denen Kinder und Jugendliche entsprechend einem dringenden Erfordernis an die Natur herangeführt werden — und setzen so eine Zeichen von sozialer Verantwortung und bürgerlichem Engagement.

Wie sehen Sie das Kleingartenwesen unter der Sicht der Aussage vieler Politiker, dass der Staat heute ohne bürgerliches Engagement nicht mehr in der Lage ist alle notwendigen Aufgaben zu erfüllen?

Kleingärten bieten ein sehr fruchtbares Umfeld für Kommunikation, Integration, Entwicklung von Nachbarschaften und Bildung. Das „Grüne Klassenzimmer“ stellt in diesem Zusammenhang ein gut funktionierendes Konzept dar. Kleingärtnerinnen und Kleingärtner erbringen einen wichtigen Beitrag für den sozialen und interkulturellen Zusammenhalt der Gesellschaft, aber auch für den Umwelt- und Naturschutz.

Bürgerschaftliches Engagement darf allerdings notwendiges staatliches Handeln nicht ersetzen, sondern sollte es ergänzen. Der gesetzliche Schutz des Kleingartenwesens gewährleistet daher weiterhin seinen wichtigen sozialen und ökologischen Beitrag zum Gemeinwohl.